

Wärmewende

## Verbände appellieren an neue Bundesregierung

**[05.03.2025] Ein breites Bündnis von Verbänden fordert die Politik auf, die Wärmewende mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen voranzutreiben. In einem gemeinsamen Appell drängen sie auf eine sozialverträgliche und praxistaugliche Strategie, um die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung zu beschleunigen.**

Ein Zusammenschluss führender Energie-, Wasser- und Wohnungsverbände hat die Bundesregierung und die Bundestagsparteien aufgerufen, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung entschlossen voranzutreiben. Die Organisationen, darunter der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#), der [Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie \(BDH\)](#) und der [Bundesverband Erneuerbare Energie \(BEE\)](#), mahnen klare gesetzliche Vorgaben und eine konsistente Strategie an, um die Wärmewende erfolgreich und sozialverträglich zu gestalten.

Wie der BDEW mitteilt, spielt der Wärmesektor eine zentrale Rolle für das Erreichen der Klimaziele, da über die Hälfte der Endenergie in Deutschland für Heizung sowie Wärme- und Kälteanwendungen genutzt wird. Doch der Anteil erneuerbarer Energien liege bisher nur bei rund 20 Prozent. Die Verbände warnen, dass ohne langfristige Planungssicherheit weder Investitionen noch notwendige Innovationen angestoßen werden können. Sie plädieren für eine Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), das bis 2026 überarbeitet werden soll.

Ein weiteres Anliegen ist die Entbürokratisierung der Wärmewende. Die zunehmende Komplexität gesetzlicher Vorschriften erschwere Unternehmen und privaten Haushalten den Umstieg auf klimafreundliche Technologien. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Kosten für Bürgerinnen und Bürger tragbar bleiben und durch gezielte Fördermaßnahmen abgedeckt werden. Nur mit einem realistischen und wirtschaftlich tragfähigen Konzept könne die Transformation des Wärmesektors gelingen, so die Unterzeichner des [Appells](#).

(th)

Stichwörter: Politik, Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH), Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)